

Krafsamer Zeitung.

1865.

Mittwoch den 26. Juli

Nr. 168.

IX. Jahrgang.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., reise 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Zeile 5 Kr., im Anzeigenblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Sempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Interim-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchste Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Herr Vetter Erzherzog Kaiser!
Indem Ich Sie auf Ihren Wunsch von der Leitung der Geschäfte des Ministerialrathes und des Präsidiums in demselben entsetze, fühle Ich Mich angenehm bewegt, Ihrer Liebden für den erfolgreichen Geseh und die Ehre der Staat die wichtigsten Dienste geleistet haben, Meine dankbare Anerkennung auszusprechen.

Wien, am 22. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchste Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Herr Vetter v. Kraus!
Indem Ich Sie über Ihre Bitte von der Stelle des Ersten Präsidenten des obersten Gerichtshofes in Graz entsetze und Sie in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand versetze, fühle Ich Mich bewegt, Ihnen für die durch 57 Jahre Meinen Vorfahren, Mir und dem Staat geleisteten ausgezeichneten Dienste Meine vollste Anerkennung auszusprechen.

Wien, am 24. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den pensionirten kaiserlichen Oberlandesgerichtsrath Carl Bogner als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordenskommanden gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. December 1864 rückichtlich hievüber ausgesprochenen Allerhöchsten unterzeichneten Diplomes den Podestano Dr. Franz Ranza in den Adelstand des österreichischen Kaiserthums mit dem Prädicate „von Casalanza“ allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Obergespan des Banat Comitates Andreas v. Sternus und dem Hauptmann Ludwig Freiherrn Karg-Weber, des Infanterieregiments Graf Nobili Nr. 74, die Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 26. Juli.

In letzter Zeit ist über die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber diese Verhandlungen haben deshalb nicht etwa geruht, und ein Wiener Correspondent der „Bohemia“ behauptet, daß sie gerade in den nächsten Tagen in ein vielleicht entscheidendes Stadium treten. Oesterreich hat nämlich, das ist in Kurzem der Stand der Dinge, die Concessionen, welche es Preußen zu machen sich in der Lage glaubt und deren Grundlagen es in seinen Depeschen vom 6. März und vom 5. Juni aufgestellt, neuestens so präcis und so im Detail formulirt in Carlsbad vorgelegt, daß diese Vorlage füglich ohne Weiteres als Entwurf eines Uebereinkommens benutzt werden kann, und hierauf wird die Entschliessung Preußens jetzt täglich erwartet.

Obwohl die „Wiener Abendpost“ den Versuch macht, die zwischen den beiden deutschen Großmächten herrschende Spannung als minder bedeutend darzustellen, wie man allgemein annimmt, so glaubt der Wiener Brief-Correspondent der „Schl. Ztg.“ doch gegründete Ursache zur Annahme zu haben, daß der Antagonismus der beiden Mächte in der letzten Zeit nicht geringer geworden und daß der Artikel der „Abendpost“ vielmehr den Zweck habe, der preußischen Regierung ein Einlenken zu erleichtern. Auch heißt es, daß ein hohes weibliches Mitglied der preußischen Königsfamilie noch einen directen Versuch beim Kaiser machen werde, eine Vermittelung herbeizuführen. Eine Wiener tel. Depesche der „Schl. Ztg.“ vom 24. Juli, Abends, meldet: Die beabsichtigt gewesene a. berodentliche Sendung des Grafen Bloome nach Gastein, um Vorstellungen zu machen, unterbleibt.

Die Berliner militärischen Blätter geben eine merkwürdige Ansicht über den Stand der Dinge hinsichtlich des militärischen Oberbefehls in den Erbprinzen. Danach beruht die Zahl der von den beiden Verbündeten dort zu unterhaltenden Truppen ebenso wie die Ordnung des militärischen Oberbefehls auf bestimmten, einseitig nicht aufzuhebenden Verabredungen. Der Oberbefehl stehe vertragmäßig Preußen zu und Graf Mendorff dürste schwerlich den Anspruch machen wollen einen höhern österreichischen General nach Kiel commandiren zu dürfen, um dort den Befehl über ein bedeutendes preußisches Corps zu übernehmen. König Christian habe seine Rechte allerdings dem Könige von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich in Gemeinschaft abgetreten und beide Monarchen werden sich um die künftige Gestaltung der Herzogthümer zu verständigen haben. Daraus folgt jedoch nicht, daß die Rechte und die Ansprüche

beider Monarchen an die Herzogthümer einfach dieselben sind; diese seien vielmehr nach den beiderseitigen Leistungen abzumessen. Nicht nach denen der einzelnen Truppentheile, denn diese möchten in Bezug auf Tapferkeit sich aufwiegen, aber nach denen der Staaten in Bezug auf Zahl der gestellten Truppen und Kriegsmaterial. Hiernach bestimmen sich die Kriegskosten und damit die realen Ansprüche an die Herzogthümer, welche dieselben zu tragen haben. Dem ganz entsprechend befinden die Herzogthümer sich auch in Preußens militärischem Besitze, denn die Mitbeweisenheit von fünf Bataillonen, zwei Schwadronen und einer Batterie Oesterreicher entscheide diesen Besitz nicht, und daß Preußen sehr wenig geeignet sei, diesen thatsächlichen Besitz aufzugeben, möchte aus allen Maßregeln der Regierung höchst unzweideutig erhellen.

Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht ein Telegramm aus München, nach welchem der Minister Freih. v. d. Pfürden am 23. d. auf Einladung des Herrn v. Bismarck nach Salzburg abgereist ist.

Ueber das Regensburger Confeil ergeht man sich in müßigen Conjecturen; als die am wenigsten gewagte bezeichnet der Wiener Brief-Correspondent der „Schl. Ztg.“ die Vermuthung, daß man sich in preußischen diplomatischen Kreisen ernstlich mit dem Gedanken der Begründung eines nordischen Bundes beschäftige. — Was die Haltung der Mittelstaaten, die allerdings unter einander noch nicht einig sind, anbelangt, so ist das Dementi, welches das „Dresdner Journal“ einer Mittheilung der „G. Ost. Ztg.“ über die Pfürden'sche Entree gibt — es ist beachtenswerth, daß von München aus bisher kein ähnliches Dementi erfolgt ist — nur insofern berechtigt, als es in der That unrichtig ist, daß es sich den beiden Staatsmännern um die Wiederaufnahme der Trias-Idee gehandelt habe. Thatsache ist aber, daß eine Vereinigung der Mittelstaaten zu einer geschlossenen Gruppe, jedoch nicht auf dem Boden der Trias, angestrebt werde.

Im Laufe der nächsten Woche soll Fürst Coblenlohe eine abermalige Rundreise im Norden antreten, auf welcher ihn der bekannte Graf Rewentlow begleiten wird.

Die „G. C.“ schreibt: In auswärtigen Blättern begegnet man seit einigen Tagen der Meldung, die preußische Regierung habe der österreichischen aus Eigenem eine Abschlagszahlung auf die ausstehenden Kriegskosten-Erschädigung geleistet. So wie diese Notiz neuestens schon von preußischen officiellen Stimmen als eine müßige Erfindung bezeichnet wurde, so können wir ebenfalls versichern, daß von einer Combination, wie die eben erwähnte, auch nicht entfernt die Rede gewesen ist.

Auf Grund einer Verständigung mit Preußen werden die oldenburgischen Consulate in den chinesischen Häfen eingezogen und die oldenburgischen Verkehrsinteressen dort von den preußischen Consuln wahrgenommen.

Rußland und Frankreich haben sich endlich in Sachen des Attentates in dem Hotel der Russischen Botschaft verständigt. In der Hauptsache hat das Petersburger Cabinet nachgegeben; denn es heißt in der officiellen Depesche des Hr. v. Budberg, daß er der gerichtlichen Procedur keine Schwierigkeiten machen werde. Gleichzeitig aber ist man mündlich übereingekommen, daß Hr. v. Balb (auf den damals das Attentat gemacht wurde) sich nicht persönlich vor dem französischen Gerichte stellen, sondern letzteres sich mit seinen schriftlichen Aussagen begnügen werde. Die andern zur Botschaft gehörigen Personen (sämtlich Diener), welche zugegen waren, werden mit Einwilligung des Botschafters erscheinen.

Die Florentiner Regierung wird ebenfalls eine Flotten-Division zu den Seefesten von Cherbourg und Brest abgeben lassen.

Aus guter Quelle wird versichert, Spanien werde den Marquis d'Alloa nach Turin senden. Der italienische Gesandte in Lissabon, Marchese Tallacarne, werde Befandte in Madrid.

Die definitive Anerkennung des Königreichs Italien hat in einer Depesche des Herrn Bermudez de Castro vom 14. d. Mts. stattgefunden. Der Minister eröffnet in derselben, daß Spanien das Königreich Italien auf der Basis des Septembervertrages anerkenne, welcher alle erforderlichen Sympathien für die Unabhängigkeit des römischen Stuhles in sich einschleife. Es war der Wunsch der Königin Isabella, daß der Septembervertrag in der Depesche eines Welters und zu Gunsten des Papstes erklärt werde; allein diese Einwilligung konnte oder wollte man ihr nicht gewähren. Die Anerkennung geschah in der That ohne weiteren Umschweif.

Ueber den Ausfall der Wahlen in Portugal wird einem französischen Blatte geschrieben: Die Wahlen sind bis auf die in den Colonien beendet und beinahe einer Niederlage des Ministeriums gleich zu achten, denn die gesammte Majorität, die es erlangt hat, beträgt 12 Stimmen. Allein auch diese Majorität wird, wenn einmal die Kammern eröffnet sind, nicht zusammenhalten. In Lissabon, Oporto, Coimbra und Evora hat die Opposition gesiegt. Nur in kleineren Orten setzte die Regierung ihre Candidaten durch. Eine Krisis kann der allgemeinen Ansicht zufolge nicht ausbleiben und ihr Ausgang wird ein Cabinet Saldanha oder Loulé sein. Ersteres ist wahrscheinlicher, weil Loulé gegenwärtig nicht eintreten will. Als Mitglieder des Cabinets Saldanha nennt man bereits Casal Novaes, Torres Novas, Graf Castro und selbst den Grafen d'Avila.

Die Unterhandlungen über die Vermählung des Prinzen von Dranien mit einer Tochter der Königin Victoria haben trotz den officiellen Dementis bestanden, aber sie haben sich völlig zerschlagen. Die Königin sowohl, als der Prinz von Dranien, werden noch im Laufe dieses Monats aus England wieder im Haag eintreffen.

Serbischen Blättern zufolge unternimmt Fürst Michael eine Reise durch sein Land, um theils der durch das Junifest erregten kriegerischen Stimmung, theils den Bestrebungen der Partei Karageorgiewicz entgegenzuwirken.

Wie verlautet, soll Kaiser Dom Pedro von Brasilien die Reise nach Europa anlässlich der kriegerischen Vorgänge aufgegeben haben.

Krafsau, 26. Juli.

Wie uns mitgetheilt wird, dürfte die hier errichtete Filiale der Wiener Pfandleih-Anstalt der k. k. priv. Pfandleih-Gesellschaft am 7. k. M. ins Leben treten; die Geschäftstätigkeit derselben wird sich jedoch, wie wir ferner in Erfahrung bringen, vorläufig auf die Abtheilungen für Pretiosen (Suvolen, Waaren aus Gold, Silber u. edlen Metallen), für Waaren (ferne, noch nicht in die Conjunction übergegangene Gewerbe- und Industrie-Erzeugnisse u. Handelsartikel) und für Werthpapiere (Staats- und Industriepapiere, Grundbesitz-Obligationen, Pfandbriefe, Privatloose u. Börsen-Effekten) beschränken. Wir haben auf die Wichtigkeit und Gemeinnützigkeit eines solchen Instituts schon wiederholt aufmerksam gemacht und darauf hingedeutet, welche mächtige Unterstützung dasselbe in seinen Geschäfts-Abtheilungen für Belehrung von Waaren und Werthpapieren namentlich dem Handels- und Gewerbsmanne bieten und wiewohl dringendem tiefgefühlten Bedürfnis dasselbe abhelfen wird, zumal die Gesellschaft, wenn wir recht berichtet sind, und wie auch nicht anders zu erwarten, auf die hiesigen Platzverhältnisse und die Forderungen des Platzverkehrs besondere Rücksichten nehmen wird. Uebrigens sind die Bedingungen, unter welchen die Gesellschaft ihren leicht zugänglichen und wohlfeilen Credit dem Publicum eröffnet, vorwiegend zum Vortheil des Letzteren gestellt. Jeder kann selbst oder durch eine Mittelperson Pfänder einlegen, nur Kinder und Unzurechnungsfähige sind ausgeschlossen; eine Angabe des Namens oder der Firma wird nicht gefordert und überhaupt strengste Verschwiegenheit zugesichert. Von der Pfändung ausgeschlossen sind nur feuergefährliche Gegenstände oder solche, die gebräuchlich dem Verderben unterliegen, oder wegen ihres Volumens ungeeignet zur Verwahrung in den Magazinen der Anstalt, so wie ärarische Monturs-, Armatur- und Rüstungsstücke, Gegenstände des Kirchengdienstes und alle, die betrefss des rechtmäßigen Besizes Bedenken erregen. Als Pfanddarlehen werden mindestens 60 und höchstens 90 Percent des Schätzungswertes gegeben und letztere nur in ganzen Gulden bemessen. Es werden ferner Darlehen auf Gegenstände geringen Werthes erteilt, sogar Darlehen von 1 fl. öst. W. Sie werden auf 1, auf 3 und bei Effecten und Pretiosen auch auf 6 Monate gegeben. Andere Fristen bis zur längsten von 6 Monaten werden nach den Verhältnissen vom Verwaltungsrath festgestellt oder vom Vorstand mit dem Verpfändern vereinbart. Die Dauer ist auf jedem Pfandchein ersichtlich gemacht. Die Höhe der Zinsen ist auf nur sechs Percent jährlich festgesetzt; während ein Herabgehen von diesem Zinsfuß, welches in der Machtvollkommenheit des Verwaltungsrathes liegt und vom Ausschussung des Geschäftes abhängt, stattfinden kann, ist eine Erhöhung des Zinsfußes nur mit Genehmigung der hohen Staatsverwaltung gestattet. Als Nebengebühren werden für Aufnahme, Schätzung, Magazinage, Affecuranz äußerst geringe Gebühren berechnet; bei im k. k. Courzettell notirten Werthpapieren gilt jedoch schon der Coursverth als Schätzungswert. Als Maximalsätze der beiden ersten Arten ist je 1/2 Percent (auf einen Monat), für die beiden letzten zusammen für jeden Monat der Aufbewahrung 1/4 Percent festgesetzt, so daß bei einem monatlichen Darlehen die

Spesen des Verpfänders sich auf nur 1 3/4 Percent des erhaltenen Darlehens belaufen. Werden andere Fristen erteilt, dürfen die beiden erstgenannten Gebühren nur mit je 1/2 Percent für 2, je 1 1/2 Percent für 4 und je 1 1/2 Percent für 5 Monate berechnet werden. Die Zinsen und die beiden letztgenannten Gebühren dürfen erst bei Auslösung, Umfegung und Versteigerung der Pfandobjecte, die anderen können bei Erfüllung des Darlehens ganz oder theilweise in Abzug kommen. Die Pfänder — ausgenommen die der Gefahr des Verderbens ausgesetzt — können neuerdings verpfänden und müssen dann neu abgejagt werden. Bei solcher Umfegung sind daher Zinsen und Nebengebühren und eine eventuelle Differenz als Darlehensabschlagszahlung zu entrichten. Bei Pfcitationen wird als Ausrufpreis der Schätzungswert angenommen; die Anstalt kann eventuell das Pfandstück auch unter diesem veräußern oder um diesen an sich nehmen. Nach der Geschäftsordnung sollen die Pfcitationen allmonatlich vorgenommen werden; wie wir vernehmen, will die Gesellschaft jedoch in Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse die Begünstigung eines einmonatlichen Respiro eintreten lassen und dem entsprechend nur bereits seit Monatsfrist verfallene Pfänder zur Versteigerung bringen. Außerdem wird die Veranahme der Pfcitation unter Angabe der Gattungen der zu veräußernden Pfandstücke, sowie des Ortes, des Tages und der Stunde durch dreimalige Einschaltung in der amtlichen Zeitung kundgemacht werden. Von großer Wichtigkeit ist die unferne Wissen, bei keinem anderen Institut vorkommende Bestimmung, daß auf jedes Pfanddarlehen innerhalb seiner Dauer Abschlagszahlungen geleistet werden können (wenigstens 10 Percent des Darlehens und wenigstens 1 fl. öst. W. bei Darlehen unter 10 fl., wobei die Zinsen und Nebengebühren mit jeder Rate in Abrechnung kommen); gleichfalls ist hervorzuheben, daß auf Verlangen der Parteien gestattet werden muß, alle Nebengebühren sammt Zinsen sofort bei Erfüllung des Darlehens für die ganze Dauer auf einmal zu bezahlen; es ist alsdann die Gesamtsumme unter der Maximalsatz festzustellen, somit ein Nachlag zu bewilligen und abgebenen Falles für eine die ursprüngliche Dauer übersteigende Zeit nachträglich nur die Nachzahlung der Gebühren u. nach höchstens halben Monaten berechnen zu fordern; endlich ist nicht zu übersehen, daß von dem für die versteigerten Pfänder der für die durch einen k. k. Sensal an der Wiener Börse veräußerten Werthpapiere erzielten Erlöse nur die Ansprüche der k. k. priv. Pfandleihgesellschaft an Capital, Zinsen, Nebengebühren, überdes bei Effecten u. 2 Percent, bei Werthpapieren 1 Percent des Erlöses als Ersatz der Versteigerungskosten in Abzug zu bringen und die eventuell verbleibenden Ueberschüsse für Rechnung der Parteien unverzinslich aufzubewahren sind. Hier haben wir also drei wichtige, lediglich den Vortheil des Publicums bezweckende Bestimmungen. Dem Publicum gegenüber dürfte wohl eine sichere Gewähr in dem Umstand liegen, daß das Grundcapital der Gesellschaft aus sechs Millionen Gulden österr. Währ. besteht (30.000 Actien à 200 fl.) und jener das Recht zusteht, dasselbe nach Bedürfnis bis zur Höhe von 15 Millionen durch Hinausgabe weiterer 45.000 Actien zu vergrößern, daß die Gesellschaft, um stets über flüssige Fonds vortheilhaftest zu verfügen, berechtigt ist, in Wien und durch ihre Filialen Gelder in laufender Rechnung zu übernehmen, welche Gelder sie wieder in sicheren Werthpapieren fruchtbringend anlegt. In laufende Rechnung dürfen im Minimum nur Beträge von 100 fl. öst. W. gegen Verzinsung und mindestens 10tägige Kündigung angenommen und dafür auf Namen oder Ordre des Erlegers lautende Cassascheine ausgegeben werden. Die Staatsverwaltung setzt die höchste jeweilig in laufende Rechnung genommene Gesamtsumme fest. Schließlich ist hervorzuheben, daß die Pfandleihgesellschaft mit ihren Filialen und Anstalten unter der Aufsicht der Staatsverwaltung, geübt durch einen landesfürstlichen Commissar, steht. Das Nebeneintreten eines solchen Institutes, dessen Zweck es ist, dem Publicum leicht zugängliches und wohlfeiles Geld zur Verfügung bereit zu halten, wird wie gesagt, namentlich vom kleineren Handelsmanne, von dem mit großem Betriebscapital nicht ausgestatteten Gewerbsmanne als eine ersuchte Aushilfe begrüßt werden; wir glauben jedoch, daß die Vertriebung eine noch umfassendere wäre, wenn das Institut seine Thätigkeit auch auf Effecten, d. i. auf alle in den Gebrauch übergegangene mobile Werthgegenstände erstrecken würde. In dieser Beziehung lassen namentlich, was allgemeine Benutzbarkeit betrifft, die hiesigen Institute manches zu wünschen übrig.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der feierliche Schluß des Reichsrathes wird in Gegenwart der beiden vereinigten Häuser Donnerstag den 27. Juli d. J. Vormittags 11 Uhr durch Sr. k. k. Apostolischen Majestät im Ceremonienjaale der Hofburg stattfinden.

